

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: G. K. Kohn, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altestadt

Abonnementpreis einschließlich Beleglohn monatlich 200.— M., durch die Post bezogen monatlich 200.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 240.— M., Einzelnummer 8.— M., Sonnabendnummer 10.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Druckerei: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Erscheinung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25201. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Komparatzeile 25.— M., die 8spaltige Komparatzeile 30.— M., Ausland 100 und 200 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an bestimmten Tagen. Für Dreifachdruck 50 Proz. Rabatt.

Nr. 254

Dresden, Montag den 30. Oktober 1922

33. Jahrg.

Die beiden Pleitegeier

Wir werden hinausgehen aus dem Reichstag und unsere Tätigkeit ins Volk verlegen. Wir sind fertig mit dem Parlamentarismus. Wir betrachten den Reichstag nicht mehr als unsern politischen Mittelpunkt. (Vergt auf dem Deutschnationalen Parteitag.)

Wenn einer seinen Bankrott erklärt, so gesteht er: Ich bin fertig. Reichtlich dieses der deutschnationale Oberkommandeur am Freitag in Götting. Deutschnationale Parteitage sind nichts als Delegiertenansammlungen mit nationalisistischer Plechsmuff. Es lohnt sich nie, davon eingehender zu berichten. Aber Vergts Wort muß festgehalten werden. Es beleuchtet das negative Wesen der Konservativen, wie es bisher mit ähnlicher Offenheit nur der Junker Oldenburg von Januschau besorgte. Es zeigt sich in Vergts Worten ein Haß gegen den Parlamentarismus, den sich vor allem die Wähler merken sollten — obwohl dieser Haß eigentlich nichts Neues ist.

Die Konservativen und heutigen Deutschnationalen haben ja schon im wilhelminischen Deutschland das Parlament nur als Jagdmaschine für den monarchistischen Halbabsolutismus betrachtet. Kinder, was das eine gute alte Zeit für alle Reaktionsäre, als der Deutsche Reichstag jede Regierung zu schließen hatte, die ihm ein geförderter, an konservativen Dröhnen zappelnder Karr vorsetzte! Als der Januschauer das schöne Wort prägen konnte: „Ein Deutscher mit zehn Mann genügt, um den ganzen Reichstag auseinanderzujagen!“ Als jeder grüne Deutschnationale den Beruf in sich fühlte, in diese „Quacklötze“, die alles benörgelten und bekräftigten, mal richtig reinzupfeffern, wenn die Stunde dafür gekommen!

Und heute? Heute bestimmen nach dem freiesten Wahlrecht gewählte Parlamente die jeweiligen Regierungen, schreiben Steuern aus, daß den Besitzenden die Haare zu Berge stehen, können ohne Hilfe der Sozialdemokratie weder arbeiten noch regieren, wählen einen Sozialdemokraten zum Präsidenten der Republik, bauen Gesetze zum Schutze der Republik, klagen die Deutschnationalen der Förderbegünstigung an, räumen unterm reaktionären Beamten- und Schranzertum auf — es ist ein Kreuz. Wir sind fertig mit dem Parlamentarismus“, klagt Herr Vergt und sagt damit, daß der Parlamentarismus ohne die Deutschnationalen fertig wird. Denn daß sie nicht mehr in der Regierung sitzen, daß sie die Staatsmacht nicht mehr mißbrauchen können, um den letzten Nachwächter Konservativ zu gängeln, um dem Volke das Fell so ungeschont wie früher über die Ohren ziehen zu können: Das ist die Quelle ihrer Mut!

Auch uns bedeutet das Parlament kein Kränkeln. Auch wir sind der Meinung, daß im Reichstag mitunter zu viel geredet und zu wenig Durchgeführtes geschaffen wird. Aber gerade an überflüssigem Schwachs und Widerstand gegen gründliche Reformen haben die Deutschnationalen am meisten geleidet. Was haben sie nicht auch im sächsischen Landtag geschwafelt gegen die so dringende Demokratisierung der Verwaltung — und die bürgerlichen Parteien haben diesen Schwachs getreulich nachgehört. Was haben sie nicht gewettert gegen Zwangswirtschaft und sonstige Maßnahmen zur Sicherstellung der Volksernährung! Auch wir sind der Meinung, daß der Parlamentarismus allein die großen Probleme der Gegenwart nicht lösen kann und daß sich aus dem Schloße der Zeit Hochverbrechen und Organe losringen werden, die zur Demokratisierung und Umstellung der Wirtschaft nötig sind. Aber der Haß aller Schwachsgehirnen gegen die heutigen Volksetretungen stammt ja nicht daher, daß sie zu wenig, sondern daher, daß sie ihnen immer noch zu viel leisten. Die ganze republikanische Richtung paßt ihnen nicht; sie großen die Öffnung auf, im Parlament zu ihren rückwärtigen Zielen zu kommen.

Herr Vergt spricht sehr viel, vielleicht zu viel, meint betreten der deutschnationale Tag. Jedoch, der schwarzweiße Oberkommandeur tut das aus, was seine Getreuen denken: Weg mit dem Parlament, weg mit der Verfassung! Wie wunderbar sie sich auch hierin mit Volkswilligen von der andern Seite begangen! Wir sind nicht in den sächsischen Landtag gezogen, um mitzuarbeiten, sondern um das Parlament zu kompromittieren, gestand der kommunistische Abgeordnete Siewert feinerakt, und Vergts Worte hätten unter dem gleichen Befall auf jedem kommunistischen Parteitag gesprochen werden können. Was ja wiederum nur der Schein im Dresdner Vereinshaus entspricht, wo sich Kommunisten und Deutschnationale am Freitagabend verbrüderten.

So stehen denn bei der sächsischen Wahl zwei gleich intelligente Katastrophenparteien vorm Volke und erklären: Wir sind mit dem Parlamentarismus fertig; wir brauchen die Katastrophe, um mit der Diktatur oben auf zu kommen, aber die verfluchten Volksetretungen sind gegen jede Bankrottspolitik! Die Wähler aber, die nicht ganz auf den Kopf gefallen sind, müssen darauf antworten: „Warum sollen wir euch Pleitegeier dann eigentlich wieder ins Parlament schicken! Bleibt draußen, wenn ihr drin nicht mitarbeiten mögt!“

Und die Wähler sollten auch jenen bürgerlichen Plöckchen nachsehen lassen, der von einer ähnlichen Scheu gegen durchreisende Arbeit befallen ist wie die beiden verpöhlungsbedürftigen Katastrophenparteien!

Deutschnationale Isolierung

Die Deutschnationalen haben am Sonnabend ihren Agitationssparteitag in Götting so beendet, wie sie ihn begannen: mit hochgeschraubten Kraftphrasen, die ihre Isolierung und Einflußlosigkeit verdeutlichen. Interessant wirkte die Frage der Monarchie stellen würden. Sie umgingen das Problem und erklärten nur negativ: „Die Weimarer Verfassung hat sich als völlig unhaltbar erwiesen.“ Aber laut nach dieser feierlichen Brandmarlung erklärte Abgeordneter Wallraf:

„Wir stehen auf dem Boden der Verfassung. Wir werden auf verfassungsmäßigem Wege weiter für die Staatsform eintreten, die wir als die für das deutsche Volk beste ansehen.“

Damit sollte die heratische Anklage, den Stamm aus dem Parlamente „in das Volk“ zu verlegen, von ihrem putschistischen Beigeschmack gereinigt werden. Zugleich verdammt Wallraf alle anderen Parteien, vor allem die Sozialdemokraten, aber auch eben so scharf die Demokraten, deren Herrentum zwischen rechts und links er ankündigt. Zum Zentrum vergrößere sich die Feindschaft, aber auch zur Deutschen Volkspartei seien die Fäden zerhackt.

„Am liebsten sähe die Deutsche Volkspartei zu ihrer Rechten eine Partei, von der sie sagen könnte: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht so bin wie jene da!“

So habe also die „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ die Deutschnationalen völlig allein gelassen. „Wir laufen niemand nach“ — das war das Wort, das den Anhängern Trost spenden sollte. Man will also „ins Volk gehen“.

Die dringlichste Frage des Parteitages war die Einstellung zu den radikalen „Deutschnationalen“. Die Duldung einer besonderen „deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft“ wurde in geheimer Sitzung mit 160 gegen 12 Stimmen abgelehnt, hingegen die Einsetzung von „deutschnationalen Arbeits- und Studienstauschüssen beim Parteivorstand“ zugelassen. Mit dieser Maßnahme hat man jedoch die „Deutschnationalen“, unter Führung der deutschen Putschisten Bulle und v. Graefe, nicht bestrafte. Sie traten selbständig zusammen und gründeten eine „Deutschnationale

Arbeitsgemeinschaft“ und einen „Deutschnationalen Arbeiterbund“. Dort wird man „selbständig“ weitere Gewalttaten gegen Republikaner und Juden ausüben, während die parteiologisch eingerichtete „Deutschnationale Studienabteilung“ der Deutschnationalen sie nur „studieren“ will. Fest steht, daß die Deutschnationalen mit der Zeit der Deutschnationalen niemals fertig werden, weil sie ihr Feind den Boden auf neue bereiten. Der Göttinger Parteitag war durch sein radikales Geschmetter die beste Förderung dieser Tendenz.

Die Radikalisierung der Deutschnationalen erweist dem ganzen deutschen Volke aufs neue die Notwendigkeit, dem Schutze und der Sicherung der Republik alle Aufmerksamkeit und Kraft zuzuwenden.

Die beschimpfte Flagge

Aus ihrem Leserkreise wird der Frankfurter Zeitung ein Offertbrief der Hamburger Exportfirma Otto Mohr vorgelegt, auf deren Geschäftspapier sich in fetten Lettern der Ausdruck befindet: „Reine Waren sind mit der neuen Flagge Schwarz-Rot-Gold zu bezeichnen, da diese Fahne im Auslande verachtet wird und Waren mit dieser Fahne unterkäuflich sind.“

Die Frankfurter Zeitung schreibt dazu sehr richtig: Kann man sich vorstellen, daß ein Amerikaner, Engländer oder Franzose die Fahne seines Vaterlandes so beschimpfte? Die Behauptungen des Herrn Mohr sind auch gar nicht wahr. Denn bei den Ausländern im Auslande genießen die deutschen Fahnen immer noch mehr Ansehen, als Leute wie jener Exporteur ihnen jemals verschaffen könnten. Nur unter den Auslandsdeutschen gibt es Kreise, die noch sehr wenig Verständnis für das neue Deutschland gewonnen haben, weil sie von der Heimat aus durch unzureichende „Patrioten“, zu denen wohl auch Herr Otto Mohr gehört, systematisch verhetzt worden sind. Aber zahlreicher sind doch glücklicherweise die Auslandsdeutschen (wenn es auch nicht die zahlreichsten sind), die vor der Fahne ihres Vaterlandes Ehrung haben, gleichgültig wie sie persönlich über seine Staatsform und seine Innenpolitik denken mögen.

Faschisten-Putsch in Italien

In einigen Provinzen Italiens haben die Faschisten den Versuch gemacht, durch hochverräterische Umtriebe die Arbeit der staatlichen Organe zu lähmen und auf die Bildung der neuen Regierung einen Druck auszuüben. Die Regierung befindet sich zwar in der Demission, wird aber ihre Pflicht erfüllen und mit allen Mitteln und um jeden Preis die öffentliche Ordnung zum Schutze der Bürger und der verfassungsmäßigen öffentlichen Einrichtungen aufrechterhalten. (Erklärung des italienischen Ministerrates vom 28. Oktober 1922.)

Das Werk der Kommunisten in Italien, die Fabrikbesetzung vor Jahresfrist usw., feiert jetzt seine Triumphe. Die bürgerliche italienische Regierung mußte unter dem Druck der faschistischen Gewalt demissionieren und unter bewogener Führung der faschistischen Oberleitung ist jetzt ein großer Teil Italiens von den Schwärzenden besetzt, die ordentliche Staatsgewalt vorübergehend außer Kraft gesetzt worden. Zwar hat die in Demission befindliche Regierung sofort Maßnahmen angeordnet, hat den Besetzungszustand verhängt und sonstige Pläne zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung angekündigt. Aber selbst die italienische Regierung wird nicht daran gekauert haben, daß der Faschismus sich lediglich infolge dieser angefügten Maßnahmen vorläufig auf die Besetzung einiger Gebietsanteile beschränkt hätte. Der Zweck der faschistischen Aktion war sicherlich nicht die restlose Übernahme der Gewalt, nicht der Drang nach Untergängen, sondern er wollte einen Beweis liefern für die eigene Machtstellung im Staatsgebäude. Dieser Beweis ist gelungen. Die Telephonverbindungen mit dem Auslande waren gestört, die örtlichen Behörden wurden vorübergehend in dem besetzten Gebiete abgesetzt, die Eisenbahnen standen der faschistischen Gewalt zur Verfügung, alles Staatsgebiet mußte, als der Faschismus es wollte, in den Dienst der Schwärzenden treten. Das Ziel dieser Beweisführung war, dem König zu zeigen, daß eine künftige Regierung ohne Faschisten unmöglich sein wird und daß, falls dennoch ein Kabinett ohne faschistischen Einfluß gebildet werden sollte, es von dem Faschismus bald unmöglich gemacht werden wird. In Anbetracht dessen ist zu erwarten, daß die neue Regierung in Italien entweder unter faschistischer Leitung oder mindestens faschistischer Mitbestimmung steht oder aber den Faschisten in dem neuen Regierungsprogramm Konzessionen gemacht werden, die keinen Zweifel darüber lassen, daß der unumschränkte Herrscher Italiens in Zukunft Mussolini und seine Gebrüder sein werden. Das Ende dieser Entwicklung liegt in der Unterdrückung aller pazifistischen und zum Teil revolutionären Bestrebungen der italienischen Arbeiterschaft. Das ist unabweisbar der Erfolg des kommunistischen Landsturms, dem aber wahrscheinlich eine neue Revolution der Linken folgen wird.

radikalen in Deutschland neue Hoffnungen und neuen Mut. Herr Vergt, der sich in Götting auf dem deutschnationalen Parteitag zeitweise als Erfüllungspolitiker nach deutschnationaler Art zeigte, verdammt 24 Stunden später den Parlamentarismus und klopft den Parteitag mit den Worten: „Oh China hieß es: Die Deutschen vor die Front! Vielleicht wird es in diesem Winter heißen: Die Deutschnationalen vor die Front!“

„Antiparlamentarismus“ und „Deutschnationale vor die Front!“ kennzeichnen klar den von den Rechtsradikalen angezeigten Weg: Verwirklichung der faschistischen Idee auch in Deutschland. Der Entente und den deutschen Kommunisten ist es zu verbieten, daß deutschnationale Kreise sich vier Jahre nach der Revolution wieder derartige Abweichungen erlauben können. Der Entente deshalb, weil sie Deutschland in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht nicht zur Ruhe kommen läßt, und den Kommunisten, weil sie die innere Wiederaufbauarbeit fortgesetzt stören.

Die deutsche Arbeiterschaft wird den Ansturm der Deutschnationalen von Götting gebührend aufnehmen. Sie wird ihre Aufmerksamkeit in Zukunft den Rechts- und Linksradikalen in gleichem Maße zuwenden müssen und dort mit der notwendigen Energie einschreiten haben, wo man die friedliche Entwicklung unferns Staatsgebildes mit Gewalt zu stören versucht.

Bei uns in Sachsen erwarten die Reaktionäre die Folge, die Mussolini vor allem dem Ansturm und Reufen seiner Schwarz- und Blaublonden verdankt, von den Stimmzetteln ihrer Anhänger. Auch die kommenden Landtagswahlen stellen so eine Art Wackelprobe für die Rechte dar; fällt sie zu ihren Günstigen aus, dann wird ihr Kampf gegen die Revolution und ihre Errungenschaften ganz andre Annehmlichkeiten annehmen als bisher. Gestützt auf die Machtmittel des Staates, werden sie der Arbeiterschaft ein teuer erkauftes Recht nach dem andern wieder abzunehmen suchen, und neue Verklabung, zum mindesten schwere innerpolitische und wirtschaftliche Erschütterungen werden die Folge sein. Die Kommunisten leisten, wie sie es in Italien getan haben, so auch in Sachsen der Reaktion wirksame Gesserdienste. Sie haben die sozialistische Propaganda stützen helfen, sie stehen in verlogener Weise noch immer gegen sie, obgleich sie genau wissen, daß sie damit kaum sich selber, noch weniger der Arbeiterschaft, sondern einzig ihren Gegnern dienen. Jeder Vorkämpfer, der wirklich revolutionär im Herzen und nicht bloß mit dem Munde ist, muß darum am 5. November auf dem Volke sein. Nur ein entscheidender Sieg der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei führt sicher vor einem ähnlichen Schicksal, wie es Italien jetzt erleidet.

Der gefangene Putsch

Mussolini hat ein Manifest erlassen, in dem er erklärt, daß sein ganzes Oberitalien sowie in